

Markante Jahre der österreichischen Nachkriegsgeschichte

„1955“

Britische Besatzungszeit in der Steiermark

Nach der kurzen Zeit der bei einem größeren Teil der Bevölkerung in schlechter Erinnerung gebliebenen sowjetischen Besatzung übernahmen am 24. Juli 1945 die Briten die Besatzungsmacht in der Steiermark inklusive Bildung einer eigenen Militärregierung. Im Landtag hatte die ÖVP seit der ersten Landtagswahl im November 1945 die absolute Mehrheit (ÖVP 26, SPÖ 20, KPÖ 2 Mandate). Im Juli 1948 folgte Josef Krainer (sen.) dann dem erkrankten Landeshauptmann Pirchegger. Dennoch stand die Landesgesetzgebung unter Kontrolle der Besatzer und mussten Gesetze in der ersten Zeit bereits im Stadium der Planung den Briten vorgelegt werden. Großen Einfluss nahm die Besatzung auch auf das Medienwesen (Zensurbestimmungen) und Justizwesen mit zahlreichen Prozessen gegen NS-Verbrecher inklusive vollzogener Hinrichtungen. Ziel war eine Entnazifizierung und der Aufbau einer Demokratie nach „westlichen“ Vorstellungen.

Nach der Beseitigung der ärgsten Versorgungsprobleme und dem Beginn des Wiederaufbaues zogen sich die Briten ab Ende 1947 auch in den „zivilen Angelegenheiten“ mehr und mehr zurück.

Die Grenzen des heutigen Landesgebietes waren bis 1949 noch in Veränderung. So gab es seit 1947 bis zum Bruch Titos mit Stalin im Jahr 1949 jugoslawische Gebietsforderungen für steirische Gebiete in der Südsteiermark (welche die Staatsvertragsverhandlungen mit blockierten) und in den Jahrzehnten danach eine umfangreiche Grenzlandförderung um die Abwanderung aus dem Grenzgebiet und eine jugoslawische „Unterwanderung“ zu verhindern. Erst im Herbst 1948 kam das seit 1938 oberösterreichische Ausseer Gebiet wieder zurück zur Steiermark. Bei der Landtagswahl im Herbst 1949 trat erstmals der Verband der Unabhängigen (VdU) an und zog gleich mit 7 Mandaten in den Landtag und ein Regierungsmitglied. Josef Krainer blieb Landeshauptmann.

Die Kontrolle der britischen Besatzungsmacht auf die steirische Regierungs- und Verwaltungstätigkeit war eigentlich ab Beginn der 1950er Jahre nicht mehr spürbar, sodass bereits Jahre vor dem Abzug der Besatzer 1955 eine politische Selbstbestimmungs-Freiheit real gegeben war.

Bei den Nationalrats- und Landtagswahlen im Februar 1953 verlor die ÖVP stark und die SPÖ wurde jeweils stimmenstärkste Partei. Dennoch blieb die ÖVP im steirischen Landtag

nach Mandaten vorne (ÖVP 21, SPÖ 20, VdU 6 KPÖ 1) und stellte mit Krainer weiter den Landeshauptmann.

Staatsvertragsverhandlungen

Nach ersten Verhandlungen ab Jänner 1947 war die Staatsvertragsunterzeichnung erstmals für Mai 1947 geplant, doch bereits die Moskauer Vorverhandlungen dazu scheiterten. Alleine von Mai bis Oktober 1947 folgten 85 Sitzungen zur Staatsvertragsplanung, doch erst im Frühjahr 1949 kamen die Verhandlungen nach dem Gebietsanspruchsverzicht Jugoslawiens weiter und bei der Pariser Außenministerkonferenz konnten als erster wichtiger Schritt zum Staatsvertrag die Staatsgrenzen mit Stand Beginn 1938 fixiert werden. Zudem stimmte man zu dass österreichisches Eigentum in Jugoslawien verfiel und Österreich der Sowjetunion einen hohen Beitrag zahlen musste. Nachdem bis November 1950 48 der 53 Vertragspunkte erledigt waren, schien so der Staatsvertragsabschluss knapp vor dem Abschluss zu stehen. Doch die Forderung der Sowjetunion auf weitere direkte Verhandlungen mit Österreich über noch offene Zahlungen machte klar, dass die Besatzung wider Erwarten noch länger andauert würde. So forderte die Bundesregierung im Frühjahr 1950 im Sinne einer teilweisen Rückgewinnung der Souveränität von den Besatzungsmächten die Übernahme der Besatzungskosten (von Sowjetunion im Sommer 1953 akzeptiert, von Briten und Franzosen ab Anfang 1954), Freigabe beschlagnahmter Wohnungen, Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, Aufhebung von innerösterreichischen Zonenkontrollen (in den sowjetisch kontrollierten Bereichen erst ab Juni 1953 umgesetzt) und der Zensur (abgeschafft im August 1953) sowie Übergabe der Rundfunksender. Im April 1952 protestierten der Nationalrat und Landesregierungen gegen die immer noch existierende Einmischung der Besatzungstruppen in die inneren Angelegenheiten Österreichs und forderte die „endgültige Befreiung“ des Landes durch die rasche Annahme des neuen Staatsvertragsentwurfes.

Bei den neuen Verhandlungen (Berliner Außenministerkonferenz) Anfang 1954 bekundete Österreich seine beabsichtigte Neutralität. Doch erst ein Jahr später stellte die Sowjetunion den Staatsvertragsabschluss in Aussicht. Letzte Hürden konnten durch die Unterzeichnung der „Moskauer Protokolle“ direkt von der österreichischen Regierungsdelegation mit den Sowjets gelöst werden womit der Weg frei war für die Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai 1955.

Im Juni 1955 wurde der Staatsvertrag vom Nationalrat ratifiziert und die Neutralität festgeschrieben. Als letzte ratifizierte die Sowjetunion den Staatsvertrag am 27. Juli 1955, womit die 90-tägige Frist zum Abzug der Besatzungstruppen erfolgte. Doch schon am 20. September 1955 verließ der letzte britische Besatzungssoldat die Steiermark.

„1968“

Als 1968er-Bewegung werden jene zahlreichen, politisch meist eher links anzusiedelnden Emanzipationsbewegungen verstanden, welche in vielen Lebensbereichen für mehr Mitbestimmung und Gleichberechtigung gekämpft hatten. Sie waren ab zirka Mitte der 1960er Jahre in vielen Ländern aktiv geworden und erreichten durch verschiedene Ereignisse im Jahr 1968 einen Höhepunkt. Es ging dabei auch um eine Auflehnung der Jugend gegen Werte und Lebensweisen der Elterngeneration (so auch durch die politischen Jugendorganisationen gegen ihre eigenen Parteien).

Obzwar die Ausmaße der Proteste in Österreich im Vergleich zu Ländern wie Deutschland oder Frankreich sehr gering ausgefallen sind, so gab es doch viele internationale Bezüge und nachhaltige Auswirkungen auf die österreichische Gesellschaft und politische Landschaft. In Österreich ging es in den 1960ern mit dem Lebensstandard und der Wirtschaftsentwicklung steil bergauf. Politisch blieb jedoch bis 1966 mit ÖVP-angeführten großen Koalitionen mit der SPÖ Alles beim Alten. 1966 kam es zu einer Alleinregierung der ÖVP und ein Jahr später übernahm Bruno Kreisky den SPÖ-Vorsitz. Nach einem Jahr SPÖ-Minderheitsregierung mit FPÖ-Unterstützung erreichte die SPÖ bei der Nationalratswahl 1971 die absolute Mehrheit.

Als österreichischer Ausgangspunkt für die Politisierung eines Teiles der Jugend kann die Auseinandersetzung um den Wiener Universitätsprofessor Taras Borodajkewycz angesehen werden, der kein Hehl aus seiner fehlenden Distanzierung zur NS-Ideologie machte und damit ein Beispiel war für die lediglich teilweise Entnazifizierung des öffentlichen Bereichs und eine fehlende Aufarbeitung des NS-Systems nach 1945. Bei Demonstrationen gegen Borodajkewycz wurde am 31. Mai 1965 der KZ-Überlebende und Kommunist Ernst Kirchweger vom Rechtsradikalen Günter Kümmel niedergeschlagen. Obwohl Kirchweger wenige Tage darauf verstarb, wurde der Täter nur zu 10 Monaten Haft verurteilt. Gegen Auftritte von Rechtsextremen, wie Norbert Burger oder die NDP wurde von Studierenden auch in Graz demonstriert.

StudentInnenbewegung

Ein gewichtiger Teil aller AktivistInnen der 1968er-Bewegung waren Studierende, beginnend 1964 mit dem Free-Speech-Movement im US-amerikanischen Berkeley. Im Unterschied zu Deutschland blieben viele österreichische Universitäten von konservativen Fraktionen dominiert. Es entstanden jedoch dazu zahlreiche neue studentische Gruppierungen. Die von Gerfried Sperl (späterer „Der Standard“-Chefredakteur) und Helmut Strobl (späterer Grazer Kul-

turstadtrat) 1965 gegründete (und 1970 aufgelöste) liberale StudentInnenfraktion „Aktion“ erreichte an der Grazer Universität sogar die Mehrheit an der ÖH, was sie der starken Verbindung zur Kulturszene verdankte. Die 1976 gegründete „Demokratische Studenten Union (DSU)“ betrieb in der Folge den „Club Links“ in Graz.

Langfristig gelang der heimischen StudentInnenbewegung durch das Universitätsorganisationsgesetz von 1975 eine erstmalige Mitbestimmung von Studierenden und Mittelbau. Die Versuche einer Solidarisierung der Studierenden mit der Arbeiterschaft nach dem französischen Vorbild der Renault-Werke beschränkten sich in Österreich vornehmlich auf die Beteiligung von Studierenden an Demonstrationen von ArbeiterInnen und die Gründung gemeinsamer Aktionskomitees.

Internationalisierung und Solidarität

Die StudentInnenbewegung brachte nicht nur internationale Themen (so nahmen 1967 und 1968 Hunderte in Graz bei Demonstrationen gegen die Kriege in Vietnam und Kambodscha teil) nach Österreich. Es kam zudem zu großen Solidaritätsbewegungen mit den zahlreichen Mitstudierenden aus anderen Ländern, wie etwa mit iranischen Anti-Schah-AktivistInnen (so schon im Mai 1964 in Graz), GegnerInnen der griechischen Militärjunta (z.B. durch einen Hungerstreik am Grazer Hauptplatz 1967), mit KurdInnen oder den AktivistInnen des „Prager Frühlings“ in der CSSR. Das Motto „Think global - act local“ im Sinne eines Engagements gegen globale Ausbeutungen führte in den 1970er Jahren u.a. konkret zum Aufbau von „Dritte-Welt-Läden“.

Friedensbewegung

Die Friedensbewegung führte bereits 1963, angelehnt an andere Länder, einen ersten Ostermarsch in Wien durch und im Jahr August 1964 wurde vor der Wiener US-Botschaft gegen die Bombardements der US-Armee in Nordvietnam demonstriert. Das 1970 initiierte „Anti-Bundesheer-Volksbegehren“ brachte in der Folge eine zeitliche Reduktion des Wehrdienstes bzw. 1974 die Einführung des Zivildienstes.

Frauenrechte

In den 1960er Jahren wandelte sich das Rollenverständnis für Frauen, die Angebote Hausfrau und Mutter wurden um die berufstätige Frau ergänzt. Der Wertewandel in Richtung mehr individueller Selbstbestimmtheit führte zu mehr Partnerschaften ohne Heirat, aber auch zu einer Zunahme von Scheidungen und unehelichen Geburten. Das neue Angebot der Pille und ein verändertes Verständnis von Sexualität veränderte zwar gewisse Praktiken, aber

weniger die privaten Beziehungsmuster. Ein Hauptkampf wurde gegen § 144 (Abtreibungsverbot) geführt und mit der Einführung der Fristenlösung 1974 auch gewonnen.

Ökologiebewegung, Anti-Atomkraft-Bewegung

Als eine Folge der StudentInnenbewegung in Österreich kam es zur Erweiterung des österreichischen Parteiensystems in Form der später gegründeten Grün-Alternativen Bewegung bzw. Partei.

BürgerInneninitiativen

Das von den Studierenden auf universitärer Ebene durchgesetzte Prinzip tatsächlicher Mitsprache wurde auf lokaler Ebene später von zahlreichen zivilgesellschaftlichen BürgerInneninitiativen umgesetzt. Am sichtbarsten zeigt sich dies an der Umweltschutzbewegung und 1972 an der BürgerInneninitiative gegen die geplante Pyhrn-Stadtautobahn durch Graz. Im Unterschied zum eher begrenzten Interesse an Themen wie Vietnamkrieg oder universitäre Mitbestimmung konnten mit diesem Thema tatsächlich Leute quer durch alle politischen Lager erfolgreich angesprochen werden.

Kunst

In den sechziger Jahren kam es in Österreich zu einer kulturellen Revolution, wobei die Gruppe des Wiener Aktionismus mit ihrem im Juni 1968 an der Universität Wien veranstalteten Teach-In das große Skandalereignis wurde. In Graz etablierte sich bereits Ende der 1950er Jahre das Forum Stadtpark, das nach anfänglicher Einbindung des durchaus auch sehr konservativen Establishments bald zum „Bürgerschreck“ avancierte.

„1978“

Geplanter Bau von Atomkraftwerken in Österreich

Trotz dem Ausbau der Wasserkraft und der Errichtung großer thermischer Kraftwerke in der Nachkriegszeit, reichten die Pläne für den Bau von Atomkraftwerken in Österreich zurück in das Jahr 1958, als die Verbundgesellschaft österreichische Stromproduzenten sich auf die Standortsuche machten. Nach der Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft Kernkraftwerke" (1963) beschloss 1967 die österreichische Energiewirtschaft (Verbund und einige Landes-

energiegesellschaften) den Bau eines ersten Kernkraftwerks. Schon im November 1968 hatte man sich auf Zwentendorf als Standort für das 692-Megawatt-Kernkraftwerk festgelegt.

Zur damaligen Zeit waren alle drei damals im Parlament vertretenen Parteien für den Bau von Kernkraftwerken in Österreich, da die friedliche Nutzung von Kernenergie als fortschrittlich galt.

Nachdem die österreichische Bundesregierung im November 1969 den Bau in Zwentendorf (bis 1990 sollten insgesamt drei Atomkraftwerke errichtet werden) mit geplanten Kosten von über fünf Milliarden Schilling genehmigt hatte, protestierten dagegen bald u.a. einige Wissenschaftler, die niederösterreichische Ärztekammer und der Naturschutzbund. Inklusiv der damaligen Gesundheitsministerin Ingrid Leodolter wurde Radioaktivität jedoch als völlig harmlos dargestellt sodass im April 1971 mit dem Bau des Kraftwerks begonnen wurde.

Nachdem die Pläne für ein zweites Atomkraftwerk im oberösterreichischen St. Pantaleon konkreter wurden, gründeten sich zig kleine lokale Anti-AKW-Bewegungen. Bereits 1975 schlossen sich diese zur österreichweiten „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner“ (IÖAG) zusammen, in der Teile der Naturschutzbewegung ebenso vertreten waren wie KommunistInnen, GewerkschafterInnen oder katholische Organisationen. Neben den fatalen Folgen für die Umwelt und nachkommende Generationen, etwa durch Atommüll, wurde von den GegnerInnen auch die Gefahr eines Missbrauchs von Kernkraftwerken in Konfliktsfällen betont.

In der Steiermark wurde ebenfalls eine „Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke“ gegründet, in welchen neben WissenschaftlerInnen, studentischen und kirchlichen Organisationen auch der Naturschutzbeauftragte des Landes Steiermark, Jörg Steinbach, tätig war. In ganz Österreich, so auch in der Steiermark, begann man mit einem großen Aktivismus (von Infoständen bis hin zu nächtlichen Plakataktionen und eigenen Protestsongs), unterstützt durch wissenschaftlich fundierte Anti-AKW-Argumente.

Vom damaligen Bundeskanzler Kreisky wurden die Mitglieder der Protestbewegung anlässlich einer Wienfahrt am 26. Oktober 1977 als „Lausbuben“ und Terroristen verunglimpft, die nicht den Willen des österreichischen Volkes repräsentieren würden. Doch es waren auch ganz „normale“ BürgerInnen, welche ihren Protest und ihre Ängste öffentlich bekundeten. Bekannt wurde etwa Traudy Rinderer vom Verein „Mütter gegen Atomkraftwerke“, die 1978 ein halbes Jahr lang täglich warnende und beunruhigte Briefe an den Bundeskanzler schrieb.

Im Dezember 1977 präsentierte die Bundesregierung dem Nationalrat einen Regierungsbericht zum Thema Kernenergie. Im darauf gebildeten Unterausschuss wurden neben ParteientreterInnen und ExpertInnen auch 35 VertreterInnen von BürgerInneninitiativen angehört. Da es im Ausschuss zu keinem klaren Ergebnis kam, gab die SPÖ im Juni 1978 dem Druck nach einer Volksabstimmung zu Zwentendorf und zur Nutzung der Kernenergie nach.

Bereits im Frühjahr 1978 kam es, zur Abgrenzung von als „radikal“ betrachteten AtomkraftgegnerInnen zur Gründung der neuen Dachorganisation „Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf“. Während Ende der 1960er Jahre noch alle damaligen Parlamentsparteien für die Nutzung der Kernenergie waren, änderte sich dies im Laufe der Diskussionen um Zwentendorf. Die FPÖ war klar dagegen, die ÖVP sprach sich zwar grundsätzlich für die Nutzung von Kernenergie aus, war aber dann 1978 wegen möglicher Sicherheitsrisiken konkret gegen das Projekt Zwentendorf. Die SPÖ, seit 1970 allein an der Regierung, war wegen gesehenen Vorteilen der Arbeitsplatzsicherung und erhöhter Unabhängigkeit von Öl (wie z.B. bei der Ölkrise 1974) und Gas dafür.

Trotz großer finanzieller Mittel der BefürworterInnen der Kernkraft (inklusive einer Informationskampagne der Regierung und der Wahlempfehlung der SPÖ-Regierungspartei stimmte schließlich bei der Volksabstimmung am 5. November 1978 eine sehr knappe Mehrheit von 50,5% mit „Nein“ gegen das bereits fertig gebaute Kraftwerk in Zwentendorf.

Die Konsequenzen daraus waren dass die SPÖ-Parlamentsfraktion bereits wenige Tage später für generelles Bau- und Betriebsverbotsgesetz von Kernkraftwerken in Österreich eintrat. Dieses „Atomsperrgesetz“ trat noch mit Ende 1978 in Kraft. Die Proteste gegen Zwentendorf inklusive der ersten Volksabstimmung in Österreich waren so ein Einschnitt der österreichischen Politik- und Umweltgeschichte. Erstmals konnten BürgerInnen durch ihr Engagement eine Volksabstimmung erreichen und durch die Ablehnung der Inbetriebnahme des Kraftwerks auch real etwas verhindern. Dadurch gestärkt kam es zu weiteren Anti-Atom- und Umweltinitiativen, zur Gründung einer neuen Partei (Grün-Alternative) und mit der Besetzung der Hainburger Au 1984 bald zu einem weiteren Erfolg für die Umweltbewegung.